

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr.: 06/08

MBI-Geschäftsstelle
Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>



200 Jahre Stadt Mülheim: Jubiläum im Bermuda-Dreieck?



“Karikaturenstreit auf Mölmsch“

Die peinliche Kloschließung am Wasserbahnhof, die beleidigte OB und ein bedenkliches Urteil des Amtsgericht. Spendenaufruf: Solidarität mit Martin!
Für Meinungs- und künstlerische Freiheit! Mehr auf den **Seiten 2 und 3**



Flug- oder FLUCHHAFEN Essen/Mülheim?

als Folge des SPD-Yassine-Wählerbetrugs: Odyssee des MBI-Antrags, den gekauften Überläufer-Beschluss aus 2001 zum Geschäftsflughafen zu revidieren. Eiertänze von OB und CDU zur Düse am Flughafen: Schluss mit den falschen Spielen zum Flughafenausbau! Kein Bedarf und keine Legitimation!



10 Mio. Euro vergärt und keiner ist es gewesen?

Aus für die Vergärungsanlage, mit dem Betrüger als Anlagenleiter! Mehr auf **Seite 4**

Yassine immer noch mit Sitz im Rat der Stadt!

Betrüger, Dokumentenfälscher, Überstundenkönig und Schmiergeldempfänger
Yassine behält sein SPD-Ratsmandat und klagt noch mehr Überstunden ein!
Gerichtsverhandlung erneut vertagt! **Aufarbeitung Yassine-Skandal Fehlanzeige?!**



**Schulsanierung
statt
Ruhrbania!**

MBI

Ruhrbania und die schwarzen (Mio.-)Löcher in Serie:

1,5 Mio. Euro überraschendes JSG-Defizite, 3,8 Mio. bei der MST, Millionen Folgekosten für Vergärungsflop, Millionen verzoockt mit Spekulationsgeschäften wie swaps, Millionen für Erneuerung der Schienen der 901, weil Förderanträge verschlampt, Millionen für Stadionpläne über Verkauf von Schulsportplätzen? Kostenexplosionen bei Kanalbau Friedrich-Ebert-Str.,

Wennmann-Bad, Museum, Rathaus, Schulsanierung, Feuerwehrneubau Und Ruhrbananania kommt noch!!!
Unglaublich! Was aber ist in Mülheim wirklich wichtiger: Ein Mini-Yachthafen selbst ohne seriöse Finanzierung oder Kinder in zumutbaren Schulen? **Lösung aller Probleme nur noch durch Geld selber drucken? Lira della Ruhra?**

Der Spruch bzw. „Brüller“ des Monats:

„Ich habe mehr Demokratie vor Ort ermöglicht“ (Zitat Frau OB Mühlenfeld auf dem SPD-Parteitag)



**Wir haben
unsere
Schäfchen
im Trockenen!**

Mülheimer Peinlichkeiten gibt es seit längerem praktisch am Fließband: hier nun ein weiteres Beispiel

„Karikaturenstreit auf Mölmsch“

**Die peinliche Kloschließung am Wasserbahnhof und die beleidigte OB oder:
"Glückliches Mülheim, das anscheinend sonst keine Probleme hat, oder?"**

Anklageschrift Amtsgericht Mülheim, A.Z.: 14 Ds-113 JS 261/07-843/07; Strafsache gegen Müller „..... wird angeklagt, eine andere Person beleidigt zu haben. Der Angeschuldigte versandte im April 2007 über den internen Mail-Verteiler der Fraktion „Mülheimer-Bürgerinitiativen“ (MBI), die im Wege der Fotomontage zwei Frauenkörper zeigt, die auf einer Wiese hocken und deren Unterbekleidung bis zu den Knien heruntergezogen ist. Auf diese Körper wurden jeweils Fotos des Kopfes der Oberbürgermeisterin Mühlenfeld gesetzt. Dabei wurden Fotos verwendet, auf denen der Mund der Oberbürgermeisterin leicht geöffnet ist, ihre Augen sind geschlossen bzw. richtet sie an der Kamera vorbei, ihr Gesichtsausdruck wirkt jeweils leicht entrückt. Linksseitig befindet sich der Schriftzug „Neues aus Ruhrbania: Freiluftgeschäfte am Wasserbahnhof“ Die geschädigte Oberbürgermeisterin hat am 23.04.2007 Strafantrag gestellt.“



Frage: Wieviel genau ist nun die Humorlosigkeit einer beleidigten OB wert?

Antwort: 30 Tagessätze a 10 Euro für einen Arbeitslosen!

So jedenfalls entschied das Amtsgericht Mülheim und folgte damit der Duisburger Staatsanwaltschaft, die keinen Zusammenhang sehen wollte zwischen dem Anlass für die Karikatur, der peinlichen Toilettenschließung am Wasserbahnhof letztes Jahr, und der Amtsinhaberin Frau OB Mühlenfeld. Für sie bezog sich die Fotomontage nur auf die Privatperson Dagmar Mühlenfeld. Gegen das Urteil wurde bereits Berufung eingelegt.

Worum geht es überhaupt?

Eine der bekanntesten und markantesten Stellen der Stadt Mülheim a.d. Ruhr ist die Schleuseninsel mit dem Wasserbahnhof. An jedem sonnigen Wochenende selbst ohne Veranstaltung sind dort viele tausende Besucher und Spaziergänger anzutreffen, die aus dem gesamten Ruhrgebiet kommen, selbst aus Ratingen oder Dorsten. Im letzten Frühjahr wurde die intakte öffentliche Toilettenanlage dort zur Haushaltsanierung geschlossen (erhoffte Einsparung: 13.500 Euro p.a.). Viele Menschen waren darüber erbost und nach einem Proteststurm wurde die Toilette 2 Monate später wieder geöffnet.

Die Oberbürgermeisterin von Mülheim, Dagmar Mühlenfeld (SPD), sitzt im Präsidium des Deutschen Städtetages, im Präsidium des NRW-Städtetages, im Haupt-Aufsichtsrat des RWE (Vergütung alleine 2007: 125.000 Euro) und in vielen anderen Aufsichts- und Beiräten.

Martin Müller ist gelernter Steinmetz und als Langzeitarbeitsloser Hartz IV-Empfänger mit geringfügigem Nebenverdienst. Martin M. ist außerdem passionierter Fotograf, der auch schon Ausstellungen bestückt hat. Außerdem ist Martin stellvertretender sachkundiger Bürger für die Wählergemeinschaft MBI, die mit 10,3% der Mülheimer Stimmen im Stadtrat vertreten sind. Über lange Zeit bearbeitete Martin seine Fotos in der MBI-Geschäftsstelle, weil er sich privat keinen Computer leisten konnte.

Im April letzten Jahres brachte ein aufgebrachter Mülheimer Bürger eine satirisch gemeinte Fotomontage zu der o.g. Toilettenschließung im MBI-Büro vorbei, im Übrigen nur einer von vielen weitaus heftigeren Kommentaren in Bild und Wort, die dazu bei den MBI eingingen. Der MBI-Angestellte bat später Martin, die Fotomontage einzuscannen und über einen internen mail-Verteiler herumzuschicken, um die Meinung anderer MBI-Mitglieder zu der Karikatur einzuholen. Martin tat dies und bedachte dabei nicht, dass in dem Verteiler auch noch ein ehemaliges Mitglied war, das sich auch bereits lange vorher aus der aktiven MBI-Arbeit verabschiedet hatte und die Karikatur weiter an das Büro der Oberbürgermeisterin schickte.

Die wiederum erstattete unmittelbar Strafanzeige wegen Beleidigung, die Staatsanwaltschaft Duisburg erhob Anklage und das Amtsgericht Mülheim verurteilte Martin zu 300 Euro Strafe.

Zu den 300 Euro kommen Anwalts- und Gerichtskosten, was sich insgesamt noch deutlich erhöhen könnte, wenn auch die Berufung verloren ginge. Martin kann das aus eigener Tasche nicht bezahlen. Natürlich werden die MBI ihn unterstützen. Wir wären aber auch dankbar, wenn verschiedene Zeitgenossen spenden würden, um die Kosten für den „Karikaturenstreit auf Mölmsch“ aufzubringen, der weit mehr ist als irgendein politisches oder persönliches Geplänkel.

1. Es geht um die Meinungsfreiheit insgesamt: Wenn nämlich jede/r hohe Amtsinhaber/in sofort „Beleidigung“ rufen dürfte, wenn er oder sie kritisiert wird, dann ist es vorbei mit diesem grundgesetzlich garantierten Grundrecht in unserer Demokratie.
2. Es geht um die künstlerische Freiheit, insbesondere was Satire und Überspitzung angeht: Wenn das Urteil des AG Mülheim Bestand hätte, dürfte man satirisch fast nichts mehr, weil Personen in der Öffentlichkeit immer nur als Privatpersonen angesehen würden.
3. Es geht auch um die Frage, ob man für eine interne mail belangt werden kann, die zwar nicht weiter verbreitet wurde, aber irgendjemand gezeigt bzw. geschickt wurde. Frage anders herum: Wäre nicht eigentlich der „Denunziant“ derjenige, gegen den Klage hätte erhoben werden müssen, wenn schon überhaupt, weil doch die mail nur intern gemeint war?

Aus all den Gründen heraus: Solidarität mit Martin

im Kampf um sehr grundlegende demokratische Bürgerrechte!

Jede Spende ist willkommen. Sollte zuviel Geld eingehen oder der Prozess gewonnen werden, wird das Geld z.B. für einen pfliffigen Karikaturen-Wettbewerb verwendet!

MBI-Sonderkonto mit der Kontonummer 300933416

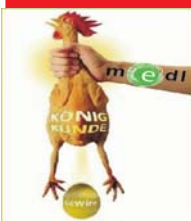
Stichwort „Karikaturenstreit“

bei der Spardabank, BLZ 36060591

Bedenklich wird die Provinzposse des "Karikaturenstreits" aber auf dem Hintergrund von Vorgängen, bei denen „Regierende“ unserer Stadt Mülheim enormen Schaden zufügten, was aber in keinem Fall bisher von Staatsanwaltschaft oder Gerichten auch nur untersucht wurde.

So kamen nicht nur **ex-OB Baganz und seine Geliebte** als Dauerberaterin beim Ausverkauf der Stadt davon („Kein Anfangsverdacht“!), auch zu den mehr als unsauberen MEG- oder RWW-Geschichten folgte nichts, genauso wenig wie zu nicht abgeführten **Aufsichtsratsgeldern der OB**. Und kein einziger der vielen abgängigen Geschäftsführer von MEG, SWB, medl bis JSG und MST wurde bisher für Mißwirtschaft oder Veruntreuung belangt.

Selbst beim krassen Fall des **SPD-Ratsherrn Yassine**, der als Überläufer 2001 mit Geld und Job gekauft wurde, sein Diplom fälschte, mit falschen Überstunden sein Gehalt verdreifachte uswusf., untersucht zwar die Staatsanwaltschaft, doch es gibt kein Anzeichen für Konsequenzen, geschweige denn, dass zu Hintermännern/frauen wie u.a. Frau Mühlensfeld auch ermittelt würde, obwohl die Yassines Machenschaften zumindest ermöglichten.



Medl-Jahresabrechnung 2008: Was tun? Kürzen!

Die medl hat nämlich bis heute keine Kalkulationen vorgelegt, um die Berechtigung der Erhöhungen von 68% seit Okt. 2004 nachzuweisen! Wer sich auf § 315 BGB beruft und/oder auf die noch gültigen Rhenag-Sonderverträge, dem darf die medl weder mit Gassperrung drohen, noch Mahngebühren erheben! Musterbriefe in der MBI-Geschäftsstelle oder unter <http://www.mbi-mh.de>

Aus für die Vergärungsanlage: 10 Millionen in den Sand gesetzt und einen Betrüger fett gefüttert - Verantwortlich ist wieder keiner?

Die Vergärungsanlage an der Pilgerstraße in Mülheim-Dümpten wurde in den 90iger Jahren lange Zeit als „Verjährungsanlage“ verspottet, weil keiner so richtig glauben konnte, dass die von dem damaligen Bürgermeister Knabe (Grüne) gepuschte Idee überhaupt Realisierungschancen haben könnte.

Für mehr als zehn Millionen Euro hat die Mülheimer Entsorgungsgesellschaft (MEG) nach der Privatisierung mit Trienekens in 2000 die Vergärungsanlage errichtet. Die Anlage ging nach vielen Anfangsspannen Ende 2004 in Betrieb. Nach weniger als 4 Jahren wurde jetzt die Stilllegung beschlossen.

Es sei deutlich geworden, heißt es, dass die Vergärungsanlage trotz Ausschöpfung aller Möglichkeiten entgegen den Prognosen wirtschaftlich dauerhaft defizitär bleibt. Die Stilllegung soll temporär sein, heißt: Bei veränderten wirtschaftlichen und umweltpolitischen Rahmenbedingungen soll eine erneute Inbetriebnahme möglich sein. Die MEG-Geschäftsführung war ursprünglich von einem jährlichen Gewinn von 272 000 Euro ausgegangen, tatsächlich gab es im letzten Geschäftsjahr erneut Verluste, und zwar 1,6 Mio. Euro. Nach dem Aus kostet die Anlage jährlich "nur" noch ca. 500.000 Euro.



Foto links in der WAZ v. 3.6., rechts aus einem früheren Artikel. Frage: **Ist Herr Y. ganz rechts wegretouchiert worden, weil er inzwischen vergärt, verjährt, vergoren oder gar verloren ist? Oder musste er aus dem Bild, weil er gerade an 2 oder 3 verschiedenen Stellen gleichzeitig Überstunden abfeierte?**



Doch Spass beiseite: Es war bereits im Jahre 2000 klar, dass die Vergärungsanlage, so wie sie geplant war, nicht wirtschaftlich betrieben werden könnte. Dazu gab es auch dicke Gutachten, die genau das haarklein vorrechneten. Dennoch wurde die Anlage gebaut. Das war unverantwortlich!

Trienekens machte ebenfalls wider besseres Wissen alles mit, weil die Fa. damals so heiß darauf war, an der Privatisierung der Mülheimer Müllabfuhr auf jeden Fall und vergaberechtswidrig beteiligt zu werden. Doch Trienekens ist längst Vergangenheit. Die Mülheimer Bevölkerung als Gebühren- und Steuerzahler aber muss die Zeche zahlen! Es ist Augenschwermerei zu behaupten, alles hätte keine Auswirkungen auf die Gebühren. Die enorme Fehl-investition wider besseres Wissen floss und fließt natürlich teilweise in das Betriebsentgelt an die MEG ein und damit in die Müllgebühren. Verluste muss die Stadt zu 51% übernehmen, also der Steuerzahler. **Ganz zu schweigen von dem Anlagenleiter der Vergärungsanlage ohne Berufserfahrung (Mr. Y.) und mit gefälschtem Diplom, der sich in der Bankrottanlage auch noch Überstundenberge erschlich und sein Gehalt verdreifachte!**

Wen kann man eigentlich verantwortlich machen für derartige Millionenschäden wider besseres Wissen? Die Gutachter, die falsche Prognosen (auf Bestellung?) vorlegten? Den damaligen Aufsichtsrat, in dem neben Baganz, Wiechering auch der heutige SPD-Bundestagsabgeordnete Schaaf als Betriebsratsvorsitzender saß? Die Geschäftsführer Broekmanns und Semmler, die ihrerseits in 2000 als Kämmerin eigentlich gewusst haben müsste ... oder ex-OB Baganz (heute Staatssekretär im NRW-Wirtschaftsministerium!) und/oder seine Beraterin und Geliebte, die die Privatisierung mit Trienekens federführend für die Stadt Mülheim managte und für ca. 500.000 DM damals betrieb (bezahlt von Trienekens!)? Oder den Umweltamtsleiter Zentgraf, der ja der erste städtische MEG-Geschäftsführer war? Oder der damalige Baganz-Referent Dehm, heute Kämmerer(!) in Dinslaken, der zusammen mit Frau Jasper die MEG-Privatisierung mit Trienekens betrieben hatte? Oder die Stadtverordneten, die für alles gestimmt haben, ohne genau hinzusehen?

Oder war wieder niemand verantwortlich?

Alles höhere Gewalt genau wie die Millionenverluste der Stadt Mülheim mit den unverantwortlichen Derivatgeschäften a la swaps?